

Die Kassierärzte

Medizin Intrigen, Machtkämpfe, Selbstbedienung: Die einflussreichen Vereinigungen der Ärzte werden von Skandalen erschüttert. Politiker fordern eine tief greifende Reform.

Die mächtigsten Ärzte Deutschlands residieren im vornehmen Berliner Stadtteil Charlottenburg. Von der S-Bahn-Station führt der Weg zur Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) vorbei an einer haushohen Plakatwand. Die Mediziner selbst werben dort für sich, etwas Imagepflege kann nie schaden. Eine Frauenärztin hält ihr Gesicht in die Kamera, stellvertretend für die gesamte Zunft. „Ich bin nicht dort, wo es sich lohnt. Sondern da, wo man mich braucht“, steht in großen Lettern darunter.

Mit Andreas Köhler verhält es sich eher umgekehrt. Der ehemalige Chef der KBV ist nicht unbedingt dort, wo man ihn braucht. Aber da, wo es sich lohnt.

Köhler befindet sich im selbst gewählten Ruhestand – und der ist ausgesprochen gut dotiert. So gut, dass sich inzwischen auch das Bundesgesundheitsministerium eingeschaltet und die KBV aufgefordert hat, fast eine Viertelmillion Euro an Gehalts- und Pensionszahlungen von ihrem ehemaligen Vorsitzenden zurückzufordern (SPIEGEL 29/2015). Die Frist dazu läuft an diesem Montag ab. Anderenfalls droht das Ministerium mit rechtlichen Konsequenzen. Allerdings hat Köhler inzwischen selbst einen Anwalt beauftragt. Es droht eine juristische Schlammeschlacht. Längst hat auch die KBV eine Anwaltskanzlei mit einer internen Un-

tersuchung des Falls betraut. Dabei sind Vorwürfe aufgetaucht, die Köhler zusätzlich belasten könnten. Von weiteren fragwürdigen finanziellen Vergünstigungen in Höhe von fast 100 000 Euro spricht ein erster Zwischenbericht.

Die Vorwürfe gegen den ehemals obersten Kassenarztfunktionär fügen sich in eine Kette von Affären, die seit geraumer Zeit die feine Welt der organisierten Ärzteschaft erschüttern. In Hessen traten zwei Vorstände der regionalen Kassenärztlichen Vereinigung zurück, nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen sie aufnahm. In Brandenburg hat die Justiz einen Vorstand im vergangenen Herbst wegen Vorteilsannahme im Amt verurteilt. Und in Berlin müssen sich gleich drei Chefs der Mediziner-Vereinigung demnächst vor dem Landgericht verantworten. Die Fahnder haben sie wegen des Verdachts auf Untreue angeklagt.

Die sogenannte Selbstverwaltung der Vertragsmediziner droht sich zu einer neuen Art von Selbstbedienung zu verwandeln. Zu viele Kassenarztvertreter erliegen der Versuchung, sich im undurchsichtigen Finanzgeflecht des Gesundheitssystems geldwerte Vorteile zuzuschauen. Und schwärzen sich dann gegenseitig an.

Ihrer ureigenen Aufgabe dagegen, die ambulante Versorgung der Patienten zu si-

chern, kommen die Funktionäre weit weniger leidenschaftlich nach. Stattdessen geht es um Neid und Konkurrenzkämpfe, um Intrigen und überforderte Kontrolleure.

Mit aufopferungsvollem Einsatz haben sich die Kassenärzte so ihren Ruf als zerstrittenste und ineffizienteste aller Vereinigungen des Gesundheitswesens erarbeitet. Das muss man in einer Branche, die als Haifischbecken gilt, erst einmal schaffen.

Dabei handelt es sich um eine Institution, die für das Sozialsystem enorm wichtig ist. Die KVen, die 17 regionalen Mitgliedsvereinigungen des Dachverbands KBV, sollen die ambulante Versorgung aller gesetzlich Versicherten organisieren. Sie vergeben Zulassungen an die niedergelassenen Ärzte, kümmern sich um die Abrechnungen mit den Krankenkassen und verteilen die Honorare. Vor allem aber sollen sie dafür sorgen, dass alle Versicherten in ihrer Umgebung genügend Haus- und Fachärzte finden und auch im Notfall medizinisch betreut werden.

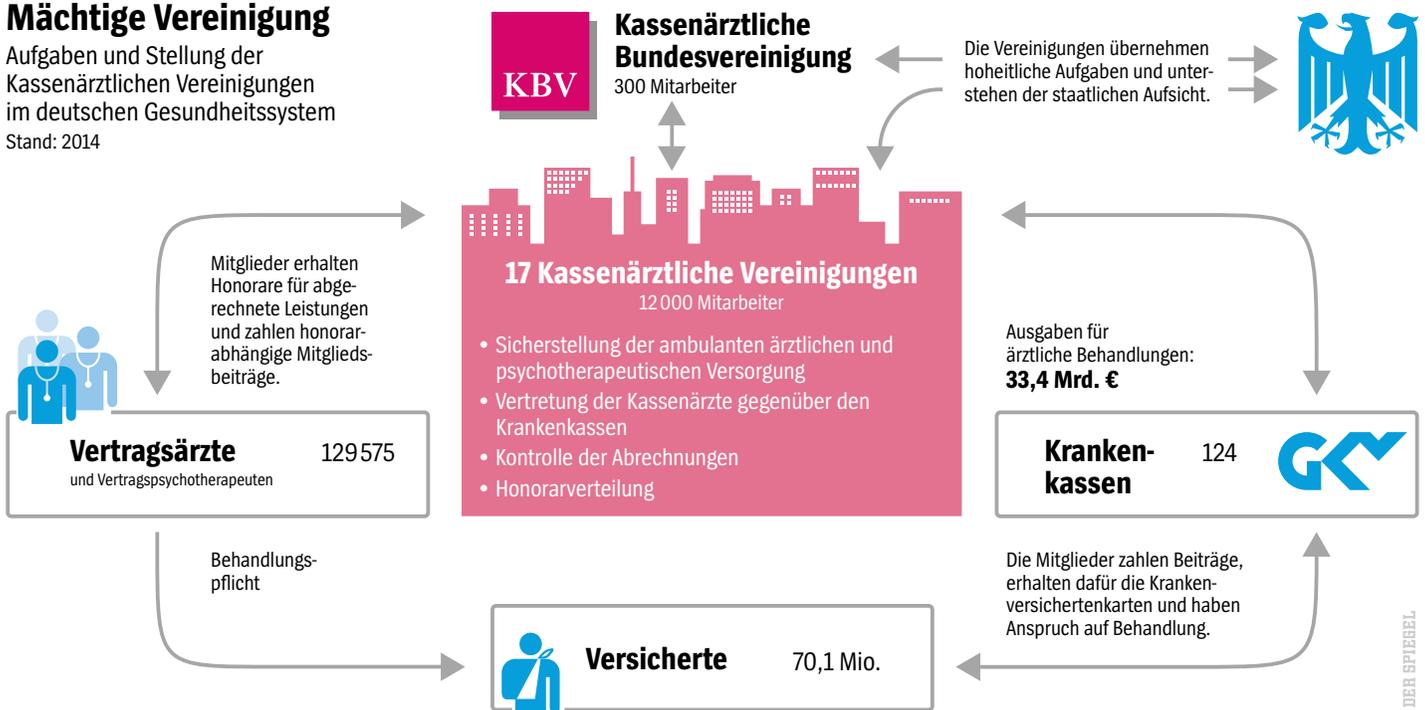
Doch mit dieser Aufgabe sind die Medizinfunktionäre schon seit Längerem überfordert. Nie gab es in Deutschland mehr Ärzte als heute, dennoch war auch der gefühlte Mangel niemals größer.

In den Städten warten viele Kassenspatienten oft wochenlang auf Termine beim Augenarzt oder Orthopäden. Im Os-

Mächtige Vereinigung

Aufgaben und Stellung der Kassenärztlichen Vereinigungen im deutschen Gesundheitssystem

Stand: 2014



ten oder auf dem Land dagegen suchen die Bürgermeister händeringend nach Ärzten, die verwaiste Praxen übernehmen könnten. Für das Problem finden die Funktionäre seit Jahren keine passende Lösung. Dafür sind sie umso einfallreicher, wenn es um die eigene Versorgung geht.

Der frühere KBV-Chef Köhler führte die Organisation von 2005 bis zu seinem Rücktritt im Jahr 2014. Lesern der „Bild“-Zeitung wurde er bekannt, weil er 2011 mit einem vereinbarten Jahresgehalt von 350 000 Euro den Rekord als best-bezahlter Gesundheitsfunktionär hielt. Der damalige Minister Daniel Bahr verdonnerte ihn daraufhin, sein Salär auf 320 000 Euro zu drücken. Köhler fügte sich. Aber die Einsicht währte nur kurze Zeit, wie die Beamten des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) in diesem Jahr bei einer Prüfung feststellten.

Drei Monate lang hatten sie Köhlers Arbeitsverträge gesichtet. Am 7. Juli schickte die zuständige Aufsichtsbehörde ein empörtes Schreiben an die KBV. In gleich drei Punkten urteilte sie: „Rechtsverletzung“. So habe die KBV eine allgemeine Tarifierhöhung rückwirkend ab Juni 2012 auch auf Köhlers Vorstandsgehalt angeordnet – und es damit wieder über die 320 000-Euro-Vorgabe gehievt.

Außerdem sicherte sich der Funktionär dem BMG-Gutachten zufolge fragwürdige Pensionszahlungen. Anfang März 2014 war Köhler offiziell aus seinem Amt als KBV-Chef ausgeschieden, seine normalen Bezüge flossen jedoch bis Ende August 2014 weiter. Auch Köhlers heutiges Ruhegehalt sei zu hoch. „Sollte eine Rückzahlung durch Herrn Köhler nicht erfolgen, sind die Ansprüche gerichtlich bis zum 1. September 2015 geltend zu machen“, droht das Ministerium.

Für Köhler könnte der Fall noch teurer werden als bisher bekannt. In ihrem internen Zwischenbericht für die KBV schreibt die Anwaltskanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann, „erhebliche Anhaltspunkte“ sprächen dafür, dass er während seiner Amtszeit Mietkostenzuschüsse für seine Wohnung in Berlin erhalten habe, die auf eine „sittenwidrige Vereinbarung“ zurückgingen. Bei einer Summe von insgesamt rund 95 000 Euro könne es sich um eine „ungerechtfertigte Bereicherung“ handeln. Das Schlussgutachten soll noch in diesem Monat vorliegen.

Köhler verweist darauf, dass dem Mietkostenzuschuss ein Beschluss des damaligen Vorsitzenden der Vertreterversammlung zugrunde gelegen habe. „Was daran sittenwidrig sein soll, weiß ich nicht“, sagt



KBV-Funktionär Köhler 2012
„Sittenwidrige Vereinbarung“

er. Auch die ihm im Detail nicht bekannten Vorwürfe des Ministeriums könne er nicht nachvollziehen. Ein Gutachten, das er selbst in Auftrag gegeben habe, gebe ihm bei der Pensionsberechnung recht.

Gerade hat Köhler ein paar Tage auf Usedom verbracht. Durchatmen, frische Luft tanken. Vor anderthalb Jahren hatte er einen Herzinfarkt erlitten und war zurückgetreten. Vorangegangen waren heftige Auseinandersetzungen mit den lieben Kollegen. Köhler hatte sich in seiner Amtszeit Feinde gemacht. Sehr viele Feinde.

Der bullige Exringer, gelernter Mediziner und Betriebswirt, war für seinen Umgang mit Gegnern und Untergebenen berüchtigt. Dass er sich über das Rauchverbot in seinem Büro hinwegsetzte, werteten Mitarbeiter als gezielte Provokation; dass sich Kollegen von seinen Reden bei Betriebsfeiern bloßgestellt fühlten, gehörte wohl zur Tradition. Bei einer Weihnachtsansprache hatte er 2012 gesagt, die Versuche, die Zentrale der Kassenärzte zu einen, erinnerten ihn an die gescheiterten Einigungsversuche europäischer „Staatsleute“: In seiner Aufzählung reihte er Angela Merkel hinter Adolf Hitler. Für unberechenbar hielt man Köhler fortan auch in der KBV.

Die Gerüchte über seine üppige Versorgung schwelten lange im KBV-Gebäude am Herbert-Lewin-Platz. Ende März hatte sich KBV-Vorstand Regina Feldmann mit der Bitte um Aufklärung an das Ministerium

gewandt. Feldmann ist nicht nur zuständig für Personalfragen, sondern galt schon zu Köhlers Amtszeit als erbitterte Widersacherin. Ihr Brief ist gespickt mit dem Hinweis, dass die umstrittenen Überweisungen an Köhler von der damaligen Personalchefin Kerstin Kämpfe angewiesen wurden. Drei Seiten ist Feldmanns Anschreiben lang, fünfmal verweist sie auf „Frau Kämpfe“. Dass die Sache mehr als „ein Geschmäcke“ haben könnte, erkannten auch die Beamten.

„Frau Kämpfe“ ist mit Andreas Köhler verheiratet.

Ende Juli hat die KBV ihrer langjährigen Mitarbeiterin Kämpfe fristlos gekündigt. Allerdings kam die Nachricht sogar für Feldmanns Kovorstand Andreas Gassen überraschend. Er erfuhr im USA-Urlaub davon. Gassen stammt aus der Riege der Fachärzte, Feldmann indes ist im zweiköpfigen Vorstand die Kandidatin der Hausärzte. Dieser Konflikt spaltet die Vereinigungen seit Jahren.

Auch gestandene Amtsträger verlieren bei ihren Vollversammlungen gelegentlich den Überblick, mit welchem Kollegen sie entspannt plaudern – und wen sie besser meiden sollten.

Denn die Facharztgruppen streiten erbittert um den Anteil am Honorar, das die KVen nach komplizierten Regeln unter den niedergelassenen Medizinern verteilen. Vor allem Hausärzte fühlen sich von Internisten, Orthopäden oder Radiologen chronisch übervorteilt. Einig sind sich die Ärzte nur darin, bei den Verhandlungen mit den Kassen eine andere Kollegengruppe kleinzuhalten: „Kein Geld für die Psychos“, so sagt es ein Funktionär. Die Psychotherapeuten hat man in diesen Kreisen noch nie ernst genommen.

Auch Gassen geriet zwischen die Fronten. Er hatte sich dafür eingesetzt, die ambulante Behandlung bei schwereren Gebrechen teilweise auch Kliniken zu überlassen. Sein größter Fehler war: Er schrieb dazu einen gemeinsamen Appell mit den Krankenhauslobbyisten. Die niedergelassenen Ärzte verzeihen so etwas nicht.

Von dem Vorstoß waren sie überrascht, und so versuchten einige Regionalfürsten im Frühjahr, Gassens Abwahl zu planen. Am Ende konnten sie keine Mehrheit organisieren. Gassen selbst schaltete den Staatsanwalt ein, weil er an anderer Stelle Geheimnisverrat im eigenen Haus witterte. Seither gilt er als Vorsitzender auf Abruf.

An einem heißen Augusttag sitzt er in der Zentrale der KBV. Optisch ist der schmale Orthopäde mit einer Praxis nahe der Düsseldorfer Königsallee das Gegen-

SPIEGEL GESCHICHTE

SAMSTAG, 8. 8., 22.00 – 22.50 UHR | SKY

Der tiefe Fall – Das Geschäft mit dem Sport

Der Sport ist ein Milliardenbusiness, eine gigantische Unterhaltungsmaschine und immer noch ein Wachstumsmarkt. Aber der Preis, den Spitzensportler dafür zu zahlen haben, ist hoch. Immer mehr Wettbewerbe sind offenbar nötig, um das Publikum und die Sponsoren zufriedenzustellen und die Einnahmen der Fernsehsender zu vermehren.

TERRA X

SONNTAG, 9. 8., 19.30 – 20.15 UHR | ZDF

Geschichte der Tiere: Die Katze

Etwa sieben Millionen Katzen leben in deutschen Haushalten, seit fast 10 000 Jahren sind sie Begleiter des Menschen. Die SPIEGEL-TV-Autorinnen Nanje de Jong-Teuscher und Kirsten Hoehne erzählen die Kulturgeschichte der Katze und gehen der Frage nach, was die Beziehung zwischen ihr und dem Menschen so einzigartig macht.

SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 9. 8., 22.35 – 23.25 UHR | RTL

Chinas Schande – Die Kinder der Todeskandidaten

Xiaolong ist sechs Jahre alt, als sein Vater im Streit die Mutter umbringt. Auf ein solches Vergehen steht in China die Todesstrafe. Zurück bleibt



Waisenkind Xiaolong

ein Kind, das niemand haben will, weil nach Ansicht der Chinesen auch der Sohn eines Verbrechers Unglück bringt. Die Hilfsorganisation Sun Village kümmert sich um solche Waisenkinder. Eine Reportage über die Auswirkungen eines unmenschlichen Justizsystems.

Deutschland

stück zu Köhler. Ein Mann, der eher auf den Golfplatz als auf die Ringermatte passen würde. Nach dem Florida-Urlaub ist seine Frisur noch blonder als sonst. Doch die Erholung dürfte nicht lang währen.

Zu den Untersuchungen gegen Köhler will er nichts sagen. Aber zu den Folgen kann er nicht schweigen. Gassen sorgt sich um die Zukunft seiner Organisation. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht ständig nur als Verhinderer gesehen werden“, sagt er. „Die Politik greift immer häufiger in unsere Arbeit ein. Ich Sorge mich um unsere Unabhängigkeit.“

Dass die Kassenärzte-Vereinigungen angesichts ihrer Skandale und Dauerfehlen „nicht mehr handlungsfähig sind“, attestieren auch Beamte im CDU-geführten Gesundheitsministerium. In diesem August setzten sie ein Gesetz in Kraft, dass die KVen schleichend entmachtet. Die Verteilung der Arztsitze will die Große Koalition nicht mehr nur den Lobbyisten überlassen.

So will die Bundesregierung Praxen in übersorgten Gebieten schließen lassen. Die KVen sind verpflichtet, sie aufzukaufen, wenn der Inhaber in Rente geht. Dafür sollen neue entstehen, wo sie wirklich gebraucht werden. Und auf dem Land dürfen künftig auch Bürgermeister Arztzentren gründen, ohne die KVen darum zu bitten. „Es gibt einen Grundkonflikt: Jeder Kommune ist daran gelegen, dass ihre Bürger gut mit Praxen versorgt sind. Der KV ist es im Zweifel wichtiger, dass die Ärzte sich nicht ins Gehege kommen“, sagt Georg Nüßlein, Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag.

Dass die Arztsitze derzeit klug verteilt wären, findet nicht einmal Gassen. „Ein niedergelassener Arzt ist ein Freiberufler. Er wird nur dort eine Praxis eröffnen, wo es sich lohnt. Sonst ist er pleite“, sagt er.

Die Fehlanreize dieses Systems, das die Ärzte selbst steuern, lassen sich am besten in Berlin besichtigen. Im gut situierten Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es fast doppelt so viele Hausärzte wie nach der offiziellen Statistik nötig, die Zahl der Psychotherapeuten übersteigt die Vorgabe um mehr als das Fünffache. Doch wer in einem Plattenbau in Lichtenberg wohnt, muss zum Arztbesuch lange fahren. Die Zahl der Therapeuten liegt weit unter Plan.

Die KV-Funktionäre allein fanden keine Lösung. Sie waren wieder einmal mit sich beschäftigt. Seit vier Jahren streiten die Berliner Mediziner erbittert mit ihrem Vorstand. Die drei Chefs der Vereinigung hatten sich im Januar 2011 eine Zahlung von jeweils 183 000 Euro genehmigen lassen. Sie verwiesen auf ihre Verträge, die ihnen – sobald sie aus dem Vorstand ausscheiden und wieder hauptberuflich in der Praxis arbeiten sollten – ein Übergangsgeld zusicherten. Allerdings haben die Funktionäre ihr Amt niemals aufgegeben.

Die Staatsanwaltschaft hat den KV-Vorstand deshalb angeklagt. Der Verdacht lautet: Untreue. Voraussichtlich im kommenden Jahr will das Landgericht den Fall verhandeln. So lange wird der Streit schwelen, die Vorstände saßen jede Rücktrittsfordern aus.

Im Februar war der letzte Abwahlversuch der ärztlichen Vollversammlung gescheitert. Zwar votierte die Mehrheit für die Absetzung, doch die nötige Zweidrittelmarke fehlte. Vor allem die Fachärzte hatten sich gesperrt.

Von einem „vergifteten Verhältnis“ zwischen Vorstand und Vollversammlung sprach die Vorsitzende des Kontrollgremiums in der nicht-öffentlichen Sitzung. Und der Zwißt hält an. Im April schrieb der Personalrat der KV einen offenen Brief. Mitarbeiter beschwerten sich, die Auseinandersetzung werde auf ihrem Rücken ausgetragen. „Lassen Sie nicht zu, dass innerärztliche Auseinandersetzungen die Verwaltung lähmen und Angestellte zum Spielball divergierender Interessen werden“, heißt es in dem Schreiben.

Inzwischen verliert auch die Politik die Geduld mit den Funktionären in Weiß. So

Die Selbstverwaltung der Mediziner droht zu einer neuen Art von Selbstbedienung zu werden.

ziales Experten der Union verdrehen vielsagend die Augen, wenn die Rede auf die Skandale der KVen kommt, und fordern strengere Kontrollen. Die SPD denkt derweil wieder darüber nach, die Vereinigungen einfach abzuschaffen. „Wir haben immer schon gesagt, dass wir die KVen auflösen sollten“, sagt Hilde Mattheis, Gesundheitsexpertin der Bundestagsfraktion. „Bei der Sicherstellung der Versorgung haben sie versagt.“

Sogar im eigenen Lager gibt es inzwischen Absetzbewegungen. Schon die damalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hatte gegen den Widerstand der Medizinerlobby durchgeboxt, dass auch andere Ärzteverbände Verträge mit Krankenkassen aushandeln dürfen. Noch nicht einmal für die Abrechnung sind die Kassenärztlichen Vereinigungen dann noch nötig. Seither bröckelt ihr Monopol.

Die Hausärzte beispielsweise setzen mit einem eigenen Verband auf diese Weise schon heute knapp eine Milliarde Euro jährlich um, ganz ohne die KVen. Und ihr Zulauf wächst.

Andreas Gassen ist auf die Zukunft gut vorbereitet. Seine Praxis nahe der Düsseldorf Kö hat er nicht aufgegeben.

Man weiß ja nie, was kommt.

Cornelia Schmergal